



Presseschau vom 21.04.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Eklat in PACE: Ukrainischer Abgeordneter zeigt Nationalflagge und erhält Redeverbot**

Der PACE-Abgeordnete aus der Ukraine Alexei Gontscharenko ist inzwischen berühmt-berüchtigt für seine provokanten Auftritte. Am Dienstag fragte er Angela Merkel, ob Wladimir Putin ein Mörder sei. Sein Folgeauftritt wurde vom Vorsitzenden kurzerhand unterbrochen. ...

<https://kurz.rt.com/2hqf>

Paul Linke: **„Gefahr eines großen Krieges“: Abrüstungsexperte warnt vor Aggression des Westens**

Außenminister Maas wirft Moskau „Provokation“ vor. Gemeint sind Russlands Militärmanöver an seiner westlichen Grenze. Militärische Provokationen der Ukraine und des Westens bleiben dabei unerwähnt – auch in den Medien. Daran erinnert Abrüstungsexperte Rainer Braun im SNA-Interview. Er warnt vor einer „brandgefährlichen Situation“.

<https://snanews.de/20210421/abruetzungsexperte-warnt-vor-aggression-des-westens-1789607.html>

Anna Simonenko: **Provokationen gegen Russland: „Organisatoren werden es bereuen, wie lange nicht“ – Putin**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat sich im Rahmen seiner Ansprache an die

Föderationsversammlung zu Schlüsselfragen der Außenpolitik geäußert. Unter anderem verglich er das Verhalten einiger Staaten gegenüber Russland mit dem Inhalt des „Dschungelbuches“ vom weltbekannten Schriftsteller Rudyard Kipling. ...

<https://snanews.de/20210421/provokationen-russland-organisatoren-putin-ansprache-1799992.html>

de.rt.com: **Strategisches Kommando der USA: "Müssen mit nuklearem Krieg rechnen"**

Im jährlichen Lagebericht geht das Strategische Kommando der USA von einer schnellen Eskalation der Konflikte bis zum Einsatz von Atomwaffen aus. Verantwortliche Generäle sehen neben Russland vor allem China als nächsten großen Konfliktpartner. ...

<https://kurz.rt.com/2hru>

de.rt.com: **Ombudsfrau: Kein Grund zur Sorge um Nawalnys Gesundheit**

Der Politblogger Alexei Nawalny liegt seit drei Tagen in einem Krankenhaus für Gefangene und soll dort eine Vitamintherapie bekommen. Über seinen Gesundheitszustand gab es in letzter Zeit widersprüchliche Meldungen. Nun schaltete sich die Ombudsfrau für Menschenrechte ein. ...

<https://kurz.rt.com/2hs5>

abends/nachts:

snanews.de: **Russische Diplomaten „aus Solidarität“ ausweisen – Aufruf Tschechiens an EU und Nato**

Der tschechische Außenminister hat die EU- und Nato-Länder dazu aufgerufen, russische Diplomaten aus Solidarität mit der tschechischen Regierung auszuweisen.

Achtzehn Mitarbeiter der russischen Botschaft hat Prag vor wenigen Tagen aufgrund eines Vorwurfs des Landes verwiesen. Die tschechische Regierung hatte russische Geheimdienste beschuldigt, 2014 eine Explosion in einem tschechischen Waffenlager ausgelöst zu haben, um angeblich eine Waffenlieferung an die Ukraine zu verhindern.

Der tschechische Interims-Außenminister Jan Hamacek erklärte am Samstag, die russischen Diplomaten hätten das Land innerhalb von 48 Stunden zu verlassen. Jetzt legt der tschechische Außenpolitiker nach: „Wir rufen die Länder der EU und Nato zum kollektiven Vorgehen auf, gerichtet auf die Ausweisung aus Solidarität“, erklärte er laut AFP. Außerdem hat der Außenminister den russischen Botschafter einbestellt, um seinen Protest zum Ausdruck zu bringen.

Moskau hat auf die Ausweisung seiner Diplomaten aus Tschechien bereits reagiert und 20 Mitarbeiter der tschechischen Botschaft in Russland, darunter den stellvertretenden Botschafter, des Landes verwiesen.

Krise in den tschechisch-russischen Beziehungen

Über die Ausweisung der russischen Diplomaten hinaus verlangt die tschechische Regierung von der russischen Vertretung in Prag die Rückgabe eines Grundstücks, welches zu den Liegenschaften der Botschaft gehört. Hinzu kommt, dass die tschechische Polizei Ermittlungen gegen drei russische Staatsbürger aufgenommen hat, im Zusammenhang mit den „Umständen einer schweren Straftat“. Zudem haben die Tschechen den russischen Konzern Rosatom von der Ausschreibung für den Bau eines Kraftwerks in Tschechien ausgeschlossen. Das Außenministerium in Moskau hat die Vorwürfe und das weitere Vorgehen der tschechischen Regierung gegen russische Diplomaten als abwegig und absurd kritisiert. Die Anschuldigungen im Zusammenhang mit der Explosion im Waffenlager seien ein „Aufmarsch des Irrsinns“, sagte Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums. Dieser diene nur dazu, die Aufmerksamkeit davon wegzulenken, dass die USA an der Vorbereitung

eines Anschlags auf den weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko und am Putschversuch in Weißrussland beteiligt seien.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/14/1787771_0:188:2973:1860_1440x0_80_0_0_1ff92cdced698a8441bb891143c85d95.jpg

de.rt.com: **Stellvertretender Ministerpräsident Tschechiens unterstützt Handelsbeziehungen mit Russland**

Der stellvertretende Ministerpräsident Tschechiens und Leiter des Ministeriums für Industrie und Handel, Karel Havlíček, hat sich für Handelsbeziehungen mit der Russischen Föderation ausgesprochen. Dies erfolgt vor dem Hintergrund der jüngsten Spannungen zwischen den beiden Ländern.

Es sei wichtig, dass die Handelsbeziehungen zwischen Russland und Tschechien keine Verluste erleiden. Dies teilte der Leiter des Ministeriums für Industrie und Handel der Tschechischen Republik Karel Havlíček mit. Der Politiker betonte, es gebe in Tschechien Tausende Unternehmen, die mit Russland Handel treiben:

"Anstatt das gegenseitige Feuergefecht fortzusetzen, würde ich mich freuen, wenn sich die Situation beruhigt."

Dem stellvertretenden Ministerpräsidenten zufolge seien die Ausweisung von Diplomaten aus der Tschechischen Republik und die Gegenmaßnahme Russlands an sich eine sehr ernste Aktion:

"Es wäre schlecht für uns, um den Einsatz von immer härteren Maßnahmen zu konkurrieren." Gleichzeitig schloss Außenminister Jan Hamáček neue Maßnahmen gegen die Russische Föderation nicht aus, da Russlands Reaktion auf die Ausweisung russischer Diplomaten stärker als erwartet gewesen sei. ...



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/607eb5ddb480cc5327511861.JPG>

snanews.de: **Kramp-Karrenbauer hält Konflikt in Ostukraine für „Muskelspiel“**

Aus Sicht der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sind die Truppenbewegungen in der Ukraine ein „Muskelspiel“.

Dieses „Spiel“ sei dazu gedacht, um mögliche Reaktionen von der Ukraine und den an ihrer Seite stehenden Staaten zu „provizieren“, sagte die Ministerin nach einem Treffen mit ihrer französischen Kollegin Florence Parly am Dienstag in Paris.

„Es ist für uns ganz wichtig, dass wir uns auf dieses Spiel nicht einlassen“, fügte die Politikerin hinzu. Man verfolge die Situation in der Region aufmerksam und mit „einer gewissen Sorge“. Wichtig dabei sei auch, dass Kiew informiert sei, dass es sich auf uns verlassen könne.

Parly zufolge muss man weiter im Dialog bleiben. Sie erinnerte dabei an das Normandie-Format, bei dem sich Berlin und Paris sowie Moskau um Vermittlung im Ukraine-Konflikt bemühen. Sie erwähnte unter anderem ein Krisengespräch zum Konflikt Ende letzter Woche zwischen dem ukrainischen Staatschef Wolodymyr Selenskyj, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron per Videoschalte.

Truppenbewegungen an der Grenze zur Ukraine

In letzter Zeit haben die westlichen Staaten ihre Besorgnis in Bezug auf angeblich zunehmende „aggressive Aktivitäten“ seitens Russlands in der Ukraine zum Ausdruck gebracht. Washington sprach von einer vermutlichen Bewegung der russischen Streitkräfte auf der Krim und an der östlichen Grenze zur Ukraine.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betonte in Bezug darauf, die Bewegungen der russischen Truppen auf dem Territorium Russlands sollten andere Staaten nicht beunruhigen, weil sie keine Bedrohung für diese Länder darstellen würden. Die Geschehnisse im Donbass seien ein interner ukrainischer Konflikt, an dem die russischen Truppen nie beteiligt gewesen seien. Das russische Außenministerium bekräftigte wiederum, Russland sei an keinem Konflikt mit der Ukraine und vor allem an keinem militärischen Konflikt interessiert. Moskau hofft laut dem stellvertretenden Außenminister Andrej Rudenko, dass die Ukraine „Besonnenheit zeigt und keine Schritte unternimmt, die einen Konflikt provozieren könnten“.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/0e/1695824_0:0:3071:1728_1440x0_80_0_0_a1bdaa3e65e994fdb0e446eb794e3edb.jpg

snnews.de: **Berlin und Paris sollen bis Ende April Abkommen für neuen Kampfjet aushandeln**

Die Verteidigungsministerinnen Frankreichs und Deutschlands haben am Dienstag als Frist Ende April genannt, um einen Deal über die Zukunft eines Kampfjets der nächsten Generation, Europas größtem Verteidigungsprojekt, auszuhandeln, berichtet Reuters. Anfang April haben die an dem Projekt beteiligten europäischen Unternehmen demnach Gespräche zu einer Vereinbarung über die Arbeitsaufteilung am Future Combat Air System (FCAS) abgeschlossen. Es gehe um eine Reihe bemannter und unbemannter Kampfflugzeuge, die von Frankreich, Deutschland und Spanien unterstützt werden. Es gebe jedoch immer noch Differenzen über die Motorenentwicklung und geistige Eigentumsrechte.

„Wir denken beide dasselbe: Wir brauchen bis Ende April einen Deal, und ich bin zuversichtlich, dass wir dies zusammen erreichen können“, sagte die französische Ministerin Florence Parly nach Gesprächen in Paris auf einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Parly beschrieb die politischen Verhandlungen über das europäische Verteidigungs-Vorzeigeprojekt als offen. Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sagte, die beiden Seiten arbeiteten „fast Tag und Nacht“ daran, eine Einigung zu erzielen. Es gehe um „sehr handfeste Interessen“, fügte Kramp-Karrenbauer hinzu. Sie nannte geistige Eigentumsrechte als einen Bereich der Nichtübereinstimmung.

FCAS-Projekt

Der FCAS soll den Eurofighter ersetzen, der von Airbus, dem britischen Unternehmen BAE Systems und dem italienischen Unternehmen Leonardo entwickelt wurde, sowie den Rafale des französischen Unternehmens Dassault aus dem Jahr 2004.

Durch das Industrieabkommen über den Arbeitsanteil gewann Dassault Aviation die Führung des Kampfflugzeugs, während Airbus, der Deutschland und Spanien vertritt, einen Gesamtanteil von zwei Dritteln am Projekt hat.

Die Beschaffung von Verteidigungsgütern sei in Deutschland ein heikles Thema, insbesondere in einem Wahljahr, hieß es. Die Abstimmung bedeute, dass das Projekt in einem Land, in dem der mächtige parlamentarische Haushaltsausschuss ein entscheidendes Mitspracherecht habe, vor knappen Fristen stehe.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/13/1761796_0:158:3077:1889_1440x0_80_0_0_9dfddffe75dcdabf6cb30e972c5afc5f.jpg

snnews.de: **Situation um Ostukraine: US-Außenministerium bezeichnet Russland als „Aggressor“**

Laut dem Sprecher des US-Außenministeriums Ned Price betrachtet die Behörde Russland im Kontext der Situation an der russisch-ukrainischen Grenze als „Aggressor“.

Das Ministerium sehe keine Anzeichen dafür, dass Kiew Schritte unternommen habe, um Spannungen zu provozieren. Er bestätigte, dass die USA „zutiefst besorgt über die aggressiven Aktionen und Rhetorik der Russischen Föderation gegen die Ukraine“ seien.

„Lassen Sie mich eines klarstellen: Russland ist der Aggressor hier. Wir haben keine Anzeichen dafür gesehen, dass die Ukraine Provokationen oder Spannungen hervorruft. Was wir gesehen haben, ist eine russische Desinformationskampagne, mit der die Ukraine für vom Kreml begangene Handlungen fälschlich beschuldigt werden soll“, sagte Price bei einem Briefing am Dienstag.

Zu diesem Schluss sei das Ministerium gekommen, weil Moskau russische Truppen auf der Krim und an den Grenzen der Ukraine aufgebaut und andere Aktionen an der Kontrolllinie unternommen haben soll. Man sehe jetzt „die Präsenz russischer Truppen auf einem Niveau, das seit der russischen Invasion im Jahr 2014 nicht mehr gesehen wurde“, so der Sprecher. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/14/1790138_0:0:3073:1728_1440x0_80_0_0_cf3eab4f0de1864caf856a81acc71a0d.jpg

snnews.de: **Nawalny in Einzelzelle in Tuberkulose-Krankenhaus verlegt**

Der Kremlkritiker Alexej Nawalny befindet sich derzeit laut seiner Anwältin in einer Einzelzelle in einem Tuberkulose-Krankenhaus in einem Hochsicherheitsgefängnis. Mit seiner Bewilligung bekomme er Glukose-Infusionen. Er liege jetzt im Bett, so seine Anwältin Olga Michailowa am Dienstag gegenüber Reportern.

„Hier ist Bettruhe, hier darf er zumindest ohne diszipliniäre Aktionen die meiste Zeit liegend verbringen“, sagte Michailowa.

Er habe heute nichts gesagt. „Wenn er einem Glukosetropf zugestimmt hat, sollten sie ihm sie legen, aber das funktioniert nicht“, antwortete Michailowa auf die Frage, ob Nawalny mitgeteilt habe, dass ihm mit Zwangsernährung gedroht worden sei. Nawalny habe am Sonntag und Montag den Glukose-Infusionen zugestimmt.

Laut seiner Anwältin sieht Nawalny dünn und schwach aus, „es fällt ihm schwer zu reden und zu sitzen“ und „physisch ist er in einem stark erschöpften Zustand“.

Nawalnys Verlegung ins Krankenhaus

Der Ärzteausschuss hat am Montag die Entscheidung über die Verlegung des russischen Bloggers aus der Strafkolonie in Pokrow in ein Krankenhaus für Häftlinge getroffen, so der Pressedienst des Föderalen Strafvollzugsdienstes Russlands (FSIN). Der aktuelle Zustand von Nawalny wird als befriedigend beschrieben. Täglich wird er von einem Internisten kontrolliert. Mit Einverständnis des Patienten wurde ihm eine Vitamin-Therapie vorordnet. Ärzte aus Nawalnys Umfeld hatten am Wochenende davor gewarnt, dass das Herz des 44-Jährigen stehen bleiben könnte. Nawalny ist seit mehr als zwei Wochen im Hungerstreik.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/13/1764447_0:0:3128:1761_1440x0_80_0_0_aba97f6de763b39623b1c5ef3985675f.jpg

vormittags:

de.rt.com: Ohne Five-Eyes-Spionagenetzwerk: Neuseeland will unabhängig mit China Handel treiben

Das neuseeländische Außenministerium ist gegen die wachsende Rolle des angelsächsischen Five Eyes-Spionagenetzwerks. Das Netzwerk gegen China umfasst fünf Länder: die USA, Kanada, Großbritannien, Australien und Neuseeland. Gleichzeitig ist China Neuseelands größter Handelspartner.

Die neuseeländische Außenministerin Nanaia Mahuta hat mitgeteilt, ihr Land fühle sich "unwohl" mit den Bemühungen des angelsächsischen Geheimdienstnetzwerks "Five Eyes", dessen Anwendungsbereich auf China auszudehnen. Am Montag sagte Mahuta auf einer Sitzung des von der Regierung finanzierten neuseeländischen Rates über China:

"Wir haben mit den Five-Eyes-Partnern festgestellt, dass es uns unangenehm ist, den Aufgabenbereich der Five-Eyes-Beziehung zu erweitern. Wir würden viel lieber nach

multilateralen Möglichkeiten suchen, um unsere Interessen in einer Reihe von Fragen zum Ausdruck zu bringen."

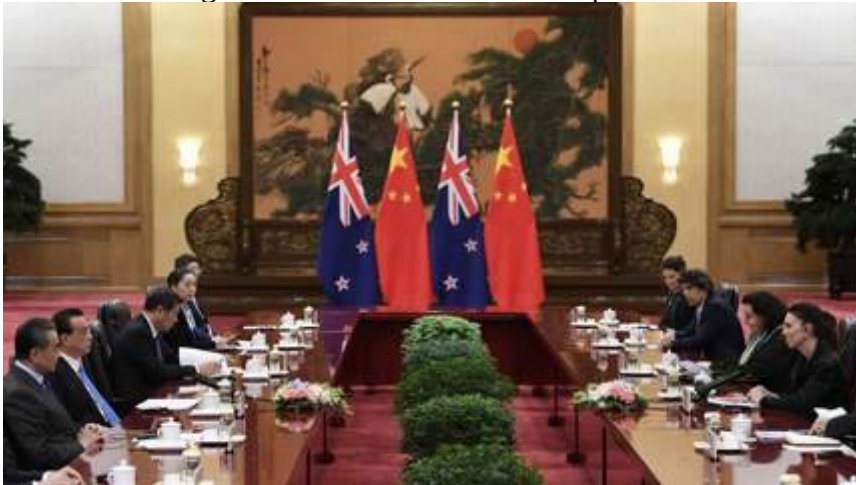
Die Partnerschaft zwischen den Geheimdiensten der USA, Kanadas, Großbritanniens, Australiens und Neuseelands aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs gab in den letzten Monaten offizielle Erklärungen zu einer Reihe von Angelegenheiten im Zusammenhang mit China ab, darunter mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen gegen Uiguren und politische Entwicklungen in Hongkong.

China, Neuseelands größter Handelspartner mit einem jährlichen wechselseitigen Handelsvolumen von rund 29,5 Milliarden US-Dollar, kritisierte die Spionage-Allianz wiederholt. Im vergangenen Monat sagte das chinesische Außenministerium, die Five Eyes hätten "koordinierte Schritte unternommen, um sich gegen China zusammenzuschließen", nachdem Australien und Neuseeland eine gemeinsame Erklärung über angebliche Rechtsverletzungen in Xinjiang abgegeben hatten.

Gelegentlich beschloss Neuseeland jedoch, unabhängig von der Allianz zu handeln. Im Januar beispielsweise hatte Neuseeland nach Berichten über Massenverhaftungen in Hongkong die Erklärung seiner Five-Eyes-Partner nicht unterzeichnet. Stattdessen hatte Mahuta später eine separate Erklärung abgegeben. In diesem Monat verlängerten China und Neuseeland ein Freihandelsabkommen.

Im letzten Monat hatte Neuseeland sich geweigert, mit seinen Five-Eyes-Verbündeten und anderen ein Kommuniqué zu unterzeichnen, in dem der Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über die Ursprünge der COVID-19-Pandemie kritisiert wurde. Solche Abweichungen von der Norm führten zu Anschuldigungen von innenpolitischen Gegnern, einigen diplomatischen Kreisen und Teilen der Medien, dass dies die Solidarität innerhalb der Five-Eyes-Allianz gefährden könne.

Gleichzeitig erklärte Mahuta, trotz des zum Ausdruck gebrachten Wunsches nach einer angenehmeren Zusammenarbeit mit China wolle Neuseeland seinen Handel diversifizieren und die Abhängigkeit von einem Land verringern. Mahuta stellte auch fest, dass Neuseeland Bedenken bezüglich Chinas Politik weiterhin privat äußern werde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/607da549b480cc568f6b7c66.jpg>

de.rt.com: **Ostukraine-Konflikt: Selenskij lädt Putin zu Treffen im Donbass ein**

Angesichts der sich zuspitzenden Lage in der Ostukraine hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu einem Treffen im Donbass eingeladen. Kiew bezichtigt Moskau der Eskalation des Konflikts.

In einer am Dienstag veröffentlichten Videoansprache hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu einem Treffen "an jedem beliebigen Ort" im Donbass eingeladen. Dem ukrainischen Präsidenten zufolge war bei Sitzungen des Normandie-Quartetts (Deutschland, Frankreich, Russland und die Ukraine) und der

Trilateraler Kontaktgruppe für die friedliche Lösung des Konflikts in der Ostukraine (die OSZE, Russland und die Ukraine) vorgeschlagen worden, sich an der Kontaktlinie im Donbass zu treffen. Dort solle man die Situation möglichst genau in Augenschein nehmen. Selenskij wörtlich:

"Was soll ich begreifen? Ich bin dort jeden Monat. Herr Putin! Ich bin bereit, noch weiter zu gehen und ihnen vorzuschlagen, uns an jedem beliebigen Ort im ukrainischen Donbass zu treffen, in dem ein Krieg herrscht."

In seiner Botschaft an den russischen Präsidenten betonte der ukrainische Staatschef, dass verschiedene Ansichten über die Zukunft Russlands und der Ukraine nicht als ein Problem, sondern als eine Chance angesehen werden könnten.

"Trotz der gemeinsamen Vergangenheit haben die Ukraine und Russland verschiedene Ansichten über die Zukunft. Wir sind wir. Ihr seid ihr. Aber das ist nicht unbedingt ein Problem, das ist eine Chance."

Außerdem unterstrich Selenskij, dass sich die Ukraine auf die Unterstützung der internationalen Partner verlassen könne. Westliche Staaten und die NATO seien bereit, die Ukraine finanziell zu unterstützen und weitere Sanktionen gegen Russland zu verhängen.

"Ich habe mit den Staatsechfs der USA, Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens, der Türkei, dem Präsidenten des Europarates und dem Generalsekretär der NATO gesprochen. Sie – wie auch alle anderen Partner – sind auf unserer Seite. Sie sehen ganz klar die wahren Motive Russlands. Sie sind bereit, uns finanziell zu unterstützen. Sie sind bereit, noch härtere Sanktionen zu verhängen und noch härtere Resolutionen anzunehmen."

Der ukrainische Präsident verwies jedoch darauf, dass die Ukraine "mehr als diplomatische Besorgnis" brauche. Man erwarte Entschlossenheit. Selenskij fügte hinzu, dass die Ukraine klare Signale seitens des Westens brauche, dass sie nicht nur als Partner, sondern auch als "Spieler in derselben Mannschaft" wahrgenommen werde.

Selenskij warf Moskau die Eskalation des Konflikts vor, indem er auf die Verlegung russischer Truppen an die Grenze zur Ukraine hinwies:

"Will die Ukraine Krieg? Nein. Ist sie bereit dafür? Ja. Wird die Ukraine aufhören, durch Diplomatie für den Frieden zu kämpfen? Nie. Wird sich die Ukraine verteidigen, wenn etwas passiert? Immer."

Seit mehreren Wochen spitzt sich die Lage in der Ostukraine zu. Nach Angaben der selbst ernannten Republiken bereitet die Ukraine eine groß angelegte Offensive vor. Kiew kritisiert Moskau für die Verlegung russischer Truppen an die ostukrainische Grenze. Der Kreml entgegnet, dass die Verlegung russischer Truppen auf russischem Territorium andere Staaten nicht kümmern sollte, da dies keine Bedrohung für sie darstellt. Russland verweist zudem darauf, dass die USA und die NATO Truppenteile an die Grenze des europäischen Teils Russlands verlagern.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/607fcc7548fbef1fea689579.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 20. April 2021 wurden **vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

- 19:20 Uhr Solotoje-4 – **Solotoje-5**: Antipanzergrenatwerfer (3 Schüsse), automatische Grenatwerfer (15 Schüsse), großkalibriges Maschinengewehr, Schusswaffen;
 - 19:30 Uhr Nowotoschkowskoje – **Donezkij**: automatische Grenatwerfer (20 Schüsse);
 - 19:40 Uhr Solotoje-4 – Solotoje-5: automatische Grenatwerfer (15 Schüsse);
 - 20:50 Uhr Katerinowka – **Molodjoshnoje**: Antipanzergrenatwerfer (2 Schüsse).
- Nach vorläufigen Informationen wurde infolge einer Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU ein Wohnhaus in Solotoje-5 (Michajlowka) beschädigt.

snanews.de: **Grüne blockieren „Sputnik V“-Impfstoff für Berliner**

Die Berliner Wirtschaftssenatorin Ramona Pop von den Grünen hat laut Medienberichten ein Veto gegen die Bestellung des in Russland entwickelten Impfstoffs „Sputnik V“ eingelegt. Nach Bayern und Mecklenburg-Vorpommern, die sich Impfdosen von „Sputnik V“ für den Fall der Zulassung gesichert hatten, wollte Medien zufolge auch Gesundheitsministerin Dilek Kalayci (SPD) am Dienstag von ihren Kollegen eine Zustimmung für Verhandlungen mit dem deutschen Herstellungs-Beauftragten über den Kauf von zwei Millionen Impfdosen bekommen.

Der Kauf sollte an die Zulassung des Impfstoffes durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) und Empfehlungen der Ständigen Impfkommision (Stiko) geknüpft werden. Es soll jedoch Widerstand von Linken und Grünen gegeben haben.

Ramona Pop habe das Veto damit argumentiert, dass von einer Vereinbarung über den Impfstoff der russische Präsident Wladimir Putin politisch profitieren würde, und habe dabei auf den Gesundheitszustand des inhaftierten Kreml-Kritikers Alexej Nawalny verwiesen, schreibt die „Berliner Zeitung“.

„Diese Debatte ist gefährlich. Politisch zahlt sie bei dem russischen Präsidenten Putin in einer Zeit ein, wo der inhaftierte Kreml-Kritiker Alexej Nawalny zu sterben droht“, zitiert das Blatt die Senatorin.

Darüber hinaus forderte Pop demnach den Senat auf, auf die Zulassung des Tübinger RNA-Impfstoffs Curevac zu setzen statt auf „Sputnik V“ und andere Vektor-Impfstoffe wie Astrazeneca und Johnson & Johnson, „die wegen der Vorfälle mit Hirnvenen-Thrombosen keiner mehr“ wolle.

„Ich bin fassungslos, dass der Senat nach einem Veto von Frau Pop nicht beschlossen hat, sich für Berlin Optionen auf Sputnik V im Fall von dessen EU-Zulassung zu sichern“, sagte SPD-Gesundheitsexperte Thomas Isenberg dem Blatt. „Statt Ideologisierung der Impfstofftypen müssen die Berliner darauf vertrauen, dass der Senat alles tut, um ihre Gesundheit zu schützen.“ ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/15/1792570_0:0:2805:1579_1440x0_80_0_0_c0e48743c3b6669819904bafa8b491f6.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 20. April 3:00 Uhr bis 21. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Mörser 120mm – einmal (16 Mörsergeschosse).

Richtung Donezk: Mörser 82mm – einmal (5 Mörsergeschosse).

Richtung Mariupol: Antipanzergrenatwerfer – einmal (2 Granaten), automatische Granatwerfer – zweimal (30 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Leninskoje.**

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu allen Fällen von Verletzung des Regimes der Feueinstellung einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 53.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 6 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

deu.belta.by: Belarus ist bereit, US-Botschafterin zu jeder Zeit zu empfangen

Belarus ist bereit, die US-Botschafterin, Julie Fisher, zu jeder Zeit zu empfangen. Das erklärte der belarussische Außenminister, Wladimir Makej, bei ONT, wie die Nachrichtenagentur BelTA berichtet.

Laut Außenminister löst es eine gewisse Verwunderung aus, dass die ernannte Botschafterin während der Besuche in Vilnius, Warschau und anderen Städten bestimmte Aussagen macht. „Gleichzeitig geben unsere Partner keine klare Antwort über den Status, in dem die Botschafterin nach Belarus zu kommen beabsichtigt. Sie sprechen nur über den Wunsch, direkte Kontakte auf offizieller Ebene herzustellen. Wir sind auch an der Wiederherstellung

direkter Kontakte interessiert, denn wir meinen, dass der Dialog etwas ist, das in jeder Situation wichtig ist. Wir sind jederzeit bereit, die US-Botschafterin zu empfangen, aber wir wollen eine klare und verständliche Perspektive für unser weiteres Zusammenwirken in allen Bereichen mit unseren amerikanischen Partnern haben“, sagte Wladimir Makej.

Der Außenminister stellte fest, Belarus sei interessiert an normalen, gleichberechtigten Beziehungen mit den Vereinigten Staaten in allen Bereichen. „Aber wir akzeptieren nicht bestimmte Methoden, Versuche, Druck auf Belarus auszuüben, egal von wem sie kommen. Und die Ereignisse der letzten Tage zwingen uns noch einmal, den Zustand unserer Beziehungen mit dieser größten Macht in der Welt zu analysieren und zu sehen, was und wer hinter dem Versuch steht, einen Staatsstreich in Belarus zu organisieren, wie es von den Geheimdiensten erwähnt wurde. Natürlich werden sich die zuständigen Stellen jetzt mit diesen Fragen beschäftigen. Es ist klar, dass das Außenministerium auf diese Situation entsprechend reagieren wird. Aber ich wiederhole: Wir möchten alle Aspekte sorgfältig abwägen, um eine gut begründete und ausgewogene Bewertung abzugeben“, betonte der Außenminister.

Wladimir Makej fügte hinzu, dass jeder Bürger ein Visum braucht, um nach Belarus zu kommen. „Deshalb möchten wir volle Klarheit darüber haben, in welchem Status die ernannte Botschafterin in Belarus arbeiten will. Wenn sie hierher kommen und Erklärungen über die Illegitimität des Regimes abgeben will, welchen Sinn hat es dann, dies zu tun? Ich denke, dass sie in diesem Fall in der Botschaft sitzen und nichts tun und nicht in der Lage sein wird, effektiv zu arbeiten, einschließlich der Herstellung von direkten Kontakten zwischen den Strukturen von Belarus und den USA“, bemerkte er.

Lug-info.com: In der LVR sind am 21. April um 9:00 Uhr 4208 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 3504 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 380 Todesfälle.

snanews.de: **Nawalnys Pressesprecherin Jarmysch und Mitstreiterin Sobol festgenommen**

Die Pressesprecherin des russischen Bloggers Alexej Nawalny, Kira Jarmysch, ist laut ihrem Anwalt festgenommen worden. Außerdem wurde am Mittwoch die Juristin des Fonds zur Bekämpfung von Korruption (FBK), Ljubow Sobol, in Moskau festgesetzt.

Die Anwältin von Jarmysch, Veronika Poljakowa, teilte am Mittwoch mit: „Sie hat mich angerufen und gesagt, dass sie von Polizisten (...) vor dem Hauseingang festgehalten wurde. Jarmysch befindet sich wegen der Verletzung der sanitär-epidemiologischen Regeln bei einer ungenehmigten Aktion am 23. Januar derzeit unter Hausarrest.

Zuvor war berichtet worden, dass die FBK-Juristin Ljubow Sobol in Moskau festgenommen worden sei. Laut ihrem Anwalt Wladimir Woronin konnte die Frau ihn per Telefon erreichen und mitteilen, „dass sie von uniformierten Mitarbeitern festgenommen wurde“. „Sie haben sich namentlich nicht vorgestellt und nicht gesagt, wohin sie sie bringen. Ihr Aufenthaltsort ist nicht bekannt.“

Die Frau soll in einem Taxi nahe der U-Bahn-Station „Awtosawodskaja“ festgenommen worden sein.

Vor wenigen Tagen hatte der Fonds zur Bekämpfung von Korruption für den 21. April eine allrussische Kundgebung zur Unterstützung des verurteilten Bloggers Alexej Nawalny angekündigt. Die Moskauer Behörden gaben keine Genehmigung für die Durchführung dieser Aktion. Am Mittwoch findet unter anderem in Moskau die Ansprache des russischen Präsidenten Wladimir Putin an die Föderationsversammlung statt. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/15/1794014_0:279:3072:2007_1440x0_80_0_0_e47d19feda3663f0584933b78881f411.jpg

Mzdnr.ru: Am 19. April wurden in der DVR 537 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 149 positiv, bei 35 Patienten wurde weil das Labor gewartet und desinfiziert wurde.

Am 21. April um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 31.821 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4094 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 25.300 als gesund entlassen, es gibt 2427 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 121 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 17 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 92 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1285 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 573 mit Sauerstoffunterstützung (+27 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden im Ergebnis von 234 Express-Tests 69 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1219 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

snnews.de: **Putins Jahresbotschaft an Föderationsversammlung**

Heute, am 21. April, tritt der russische Präsident Wladimir Putin mit einer Botschaft an die Föderalversammlung auf.

Die Erwartungen an den bevorstehenden Auftritt sind sehr unterschiedlich, aber man ist sich in einer Sache einig: Es wird um das Leben nach der Corona-Pandemie gehen. Es ist zu erwarten, dass der Präsident einen strategischen Entwicklungsplan für das kommende Jahr skizziert sowie Aufgaben im Zusammenhang mit der Erholung der Wirtschaft nach der Corona-Krise und der Erhöhung des Lebensstandards der Bürger festlegt.

Viele Experten und Parlamentarier sind sich sicher, dass Wladimir Putin auch soziale Probleme erörtern wird. Dazu gehören die Überwindung der Armut, die gezielte Unterstützung von Bedürftigen und die Entwicklung der Gesundheitsversorgung. Themen werden unter anderem die Modernisierung des Dienstes für Infektionskrankheiten und des Impfprozesses, Bildung, Demografie und Renten sein.

Wie im vorigen Jahr findet die Veranstaltung in der zentralen Ausstellungshalle „Manege“ statt. Unter den Eingeladenen sind laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow Regierungsmitglieder, Abgeordnete, Senatoren sowie Gouverneure. Die Pandemie hat das Verfahren für die Zulassung der Presse zu der Veranstaltung angepasst: Journalisten müssen dreimal einen Coronavirustest machen und negative Ergebnisse vorweisen.

Seit 2008 richtete Putin traditionell seine Jahresbotschaften kurz vor dem Jahreswechsel. 2017

musste die Veranstaltung auf März 2018 verschoben werden. Und im Jahre 2020 fand diese im Januar statt.

<iframe width="600" height="338" src="https://www.youtube.com/embed/BDkc5ll_iM8" title="YouTube video player" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/BDkc5ll_iM8

nachmittags:

de.rt.com: Russische Aufsichtsbehörde protestiert gegen Sperrung von Videos mit russischer Hymne auf Instagram

Russlands Aufsichtsbehörde für Medien, Telekommunikation und Datenschutz fordert Instagram auf, alle Einschränkungen für Videos mit der russischen Hymne aufzuheben. Es geht um einen Urheberrechtsstreit: Das Nutzungsrecht gehört jetzt der Seifenoper "Alles was zählt".

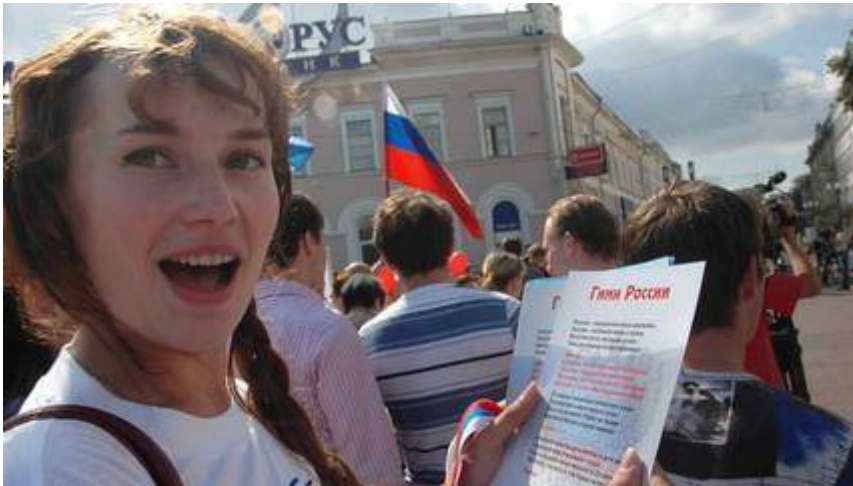
Der Föderale Dienst für die Aufsicht im Bereich der Informationstechnologie und Massenkommunikation (Roskomnadsor) hat Instagram aufgefordert, umgehend alle Einschränkungen für Videos mit der russischen Nationalhymne aufzuheben. Wie die Aufsichtsbehörde in einer Erklärung am Dienstag mitteilte, habe sie sich schon an die Leitung des sozialen Netzwerkes Facebook gewandt, dem die populäre Online-Plattform zum Teilen von Fotos und Videos gehört.

In ihrem Schreiben argumentierte die russische Behörde, dass die Hymne und alle anderen Staatssymbole keine Objekte des Urheberrechts seien. Roskomnadsor zufolge sei die Sperrung von Inhalten mit der russischen Nationalhymne unzulässig:

"In jedem Land der Welt bedeutet die öffentliche Vorführung von Staatssymbolen durch die Bürger eine respektvolle Haltung gegenüber ihrem Land. Systematische und zielbewusste Versuche westlicher Sozialnetzwerke, Inhalte mit Staatssymbolen Russlands zu sperren, beleidigen die Bürger der Russischen Föderation."

Zuvor hatte Instagram ein Video eines Bezirksabgeordneten aus der Stadt Anapa am Schwarzen Meer gelöscht. Im Video stimmte der Politiker in die russische Staatshymne mit ein, die gerade in einer Radiosendung übertragen wurde. Der Mann versuchte die Entscheidung der Online-Plattform anzufechten, schaffte es aber wegen seiner mangelnden Englischkenntnisse nicht.

Russische Medien stellten inzwischen fest, dass das Nutzungsrecht für die russische Hymne auf Instagram der RTL-Seifenoper "Alles was zählt" gehört. Zuvor hatte das Nutzungsrecht für die russische Hymne dem US-Unternehmen Broadcast Music gehört. Roskomnadsor gelang es aber, das Urheberrecht anzufechten, indem die russische Aufsichtsbehörde darauf verwies, dass die Staatssymbole keine Objekte des Urheberrechts seien.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/607fea1548fbef1fa8411fe4.jpg>

snanews.de: **Virtueller Klimagipfel: Biden lädt ein, Xi sagt zu**

Nach mehr als vier Jahren spielt das Thema Klimaschutz wieder eine Rolle in den USA. Im April lädt Präsident Biden zu einem Online-Gipfel ein. Nach Präsident Putin hat nun auch sein Kollege aus China Xi Jinping zugesagt.

Chinas Staatschef Xi Jinping hat die Einladung von US-Präsident Joe Biden zu einem Klimagipfel am Donnerstag und Freitag offiziell angenommen. Xi werde per Video-Schaltung teilnehmen und eine „wichtige Rede“ halten, teilte das chinesische Außenministerium am Mittwoch mit.

Der US-Präsident hofft auf neue Zusagen zum Klimaschutz auf dem zweitägigen Gipfel, zu dem rund 40 Staats- und Regierungschefs eingeladen sind. Die USA und China sind die weltweit größten Kohlendioxidproduzenten, so dass es besonders auf ihre Bemühungen ankommt.

Xi Jinping hatte im vergangenen Jahr zugesagt, dass China vor 2060 kohlendioxidneutral sein will. Das bedeutet, dass kein Kohlendioxid ausgestoßen wird oder die CO₂-Emissionen vollständig kompensiert werden. Der Ausstoß soll vor 2030 seinen Höhepunkt erreichen. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte schon am Montag seine Teilnahme zugesagt.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/15/1797756_0:0:2600:1463_1440x0_80_0_0_bcf73c1694edeab2f86ee02ebea445c1.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 21.4.2021**

In den letzten 24 Stunden, vom 20. auf den 21. April, wurden **vier Verletzungen des Regimes**

der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Gebirgssturmbrigade von den Positionen im Gebiet von Leninskoje aus die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit 120mm-Mörsern beschossen und 16 Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer 28. Brigade von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus zweimal **Leninskoje** mit Granatwerfern beschossen und 32 Granaten mit automatischen und Antipanzergranatwerfern auf die Ortschaft abgefeuert.

Mit Trauer teilen wir mit, dass infolge von Beschuss durch die ukrainischen Kämpfer **zwei Verteidiger unserer Republik starben**. Wir bringen den Verwandten und Freunden der toten Soldaten gegenüber unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 10. Brigade in **Richtung Gorlowka** von den Positionen im Gebiet von Nowgorodskoje aus **Shelesnaja Balka** mit Schützenpanzerwaffen beschossen, außerdem wurde von den Positionen im Gebiet von Schumy aus die **Siedlung des Bergwerks 6/6** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die Schuldigen an der Verletzung des Waffenstillstands zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen fünf Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

ein Abwehrgeschütz (2K22 „Tunguska“) in einem Wohngebiet von Otscheretino.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

zwei Haubitzen (2A36 Gianzint) in der Nähe eines Wohngebiet von Asowskij;

zwei Abwehrgeschützen „SSU-23-4 „Schilka“) am nordöstlichen Rand von Tschernenko.

Jenseits der Abzugslinien, außerhalb der vorgesehenen Lagerorte für Waffen wurden an der Eisenbahnstation in Satschatowka von der OSZE-Mission 17 Haubitzen 2S1 „Gwosdika“ und elf Haubitzen 2S3 „Akazija“ bemerkt.

Unsere Aufklärung hat ein weiteres Mal den **Einsatz von Fahrzeugen mit Symbolen des GZKK** durch das Kommando der ukrainischen Streitkräfte festgestellt, **um die Ausführung von Kampfaufgaben durch Einheiten im vorderen Verteidigungsgebiet zu gewährleisten**.

So wurde am 20. April ein weiterer Fall der Anlieferung von Munition mit einem SiL-131-Fahrzeug mit Symbolen des GZKK auf die Positionen des 16. Bataillons der 58.

Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Wodjanoje festgestellt.

Wir merken an, dass die ukrainischen Truppen regelmäßig Fahrzeuge des GZKK in diesem Gebiet zur Ausführung von keineswegs humanitären Aufgaben einsetzen. Leider muss konstatiert werden, dass die ukrainische Vertretung im GZKK, die für die Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung vorgesehen ist, den ukrainischen Kämpfern jegliche Unterstützung beim Begehen von Verbrechen gegen Zivilisten leistet.

Die ukrainischen bewaffneten Formationen behindern weiter aktiv die Arbeit der internationalen Beobachter. Es wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 28. Brigade durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung in den Gebieten von Jasnoje und Signalnoje

zur Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Mission eingesetzt werden.

Außerdem haben Kämpfer der 28. Brigade drei mal Drohnen der OSZE-Mission, die Flüge über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte in den Gebieten von Krasnogorowka, Signalnoje und Beresowoje absolvierten, mit Schusswaffen beschossen.

In den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ werden neue Fälle von **Waffen- und Munitionsdiebstahl** festgestellt. So hat eine Kommission des Stabs des Verbandes am 19. April bei einer Kontrolle des Raketenartilleriewaffenlagers des 108. Bataillons der 10. Gebirgssturmbrigade einen Fehlbestand von 2160 Stück (2 Kästen) Patronen des Kalibers 5,45 mm sowie von sechs RGD-5-Granaten festgestellt. In der Einheit wird die Ankunft von Mitarbeitern des militärischen Rechtsordnungsdienstes zur Durchführung einer Ermittlung erwartet.

Die ukrainischen bewaffneten Formationen in der OOS-Zone erleiden weiter **nicht kampfbedingte Verluste**.

So erhielt am 19. April infolge eines Streits zwischen Kämpfern des 109. Bataillons der 10. Gebirgssturmbrigade auf dem Hintergrund von Alkoholkonsum ein Kämpfer einen Schuss mit einer AK-74-Maschinenpistole im Bereich des Bauchs. Der Verletzte wurde in eine medizinische Einrichtung in Torezk eingeliefert, sein Zustand ist ernst. Der Brigadekommandeur Kotlik hat dem übergeordneten Stab nicht über den Vorfall berichtet.

snanews.de: „Keine Auskunft zu Nawalny seit acht Monaten“ – Russlands Botschafter bei OVCW

Russland hat von Deutschland, Frankreich und Schweden immer noch keine Informationen zur vermeintlichen Vergiftung von Alexej Nawalny erhalten. Darauf macht Moskaus ständiger Vertreter bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) aufmerksam. Kurz nach der Einlieferung Alexej Nawalyns in die Berliner Charité im August letzten Jahres erklärte die Bundesregierung, Giftstoffexperten der Bundeswehr hätten einen Nachweis dafür gefunden, dass der russische Blogger mit einem Nervengift aus der Nowitschok-Gruppe vergiftet worden sei.

Die Ärzte, die Nawalny wenige Tage zuvor im sibirischen Omsk behandelt hatten, hatten dem Patienten eine Stoffwechselstörung attestiert und keine Giftspuren in dessen Körper vorgefunden. Untersuchungslabors in Frankreich und Schweden sowie die OVCW folgten jedoch dem angeblichen Bundeswehr-Befund. Seitdem hat Russland die deutschen, französischen und schwedischen Behörden wiederholt zur Vorlage jener Proben aufgefordert, die Nawalny im August in Deutschland entnommen worden seien. Die Aufforderung verhallt bis heute unbeantwortet.

Grundsatzvereinbarungen werden missachtet

„Seit nahezu acht Monaten können wir keinerlei Auskünfte erlangen, die von den (russischen) Ermittlungsbehörden seit August angefordert worden sind“, sagte Alexander Schulgin, Russlands ständiger Vertreter bei der OVCW, am Dienstag bei der 25. Sitzung der Teilnehmerstaaten dieser Organisation. „Beschwerden sind also nicht an Russland zu richten, sondern an andere Länder: an Deutschland, Frankreich und Schweden.“

Diese Länder verletzen laut Schulgin die Europäische Konvention zur gegenseitigen Unterstützung in Strafsachen, denn diese verpflichtet auch Deutschland in diesem konkreten Fall zur Herausgabe von Informationen an Russland. Stattdessen „stellt sich die Bundesregierung den Ermittlungen russischer Behörden geflissentlich entgegen und verhindert dadurch die Feststellung der Wahrheit im Rahmen russischer Gesetze“, so der Diplomat.

Überdies stellt der russische Gesandte eine Verletzung der Chemiewaffenkonvention durch Deutschland, Frankreich und Schweden fest. Diese Konvention „verpflichtet die Staaten zur Rechtshilfe und zur Lösung aller aufkommenden strittigen Fragen durch Dialog und

Beratung“, so Schulgin.

Nach der ärztlichen Behandlung in Deutschland kehrte Alexej Nawalny im Januar dieses Jahres nach Russland zurück. Dort wurde er festgenommen, weil er gegen die Bewährungsauflagen einer Strafsache aus dem Jahr 2014 verstoßen hatte. Damals wurde Nawalny zu einer Bewährungsstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt. Ein Moskauer Gericht bestätigte das Urteil nach der Festnahme Nawalyns im Januar, verringerte jedoch das Strafmaß auf zweieinhalb Jahre Haft.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/15/1798488_0:103:3279:1947_1440x0_80_0_0_4b4854a40be64d3527b9605e26804266.jpg

de.rt.com: **Russland erklärt zivile Flugverbotszone über Teilen des Schwarzen Meeres**

Russland hat eine Flugverbotszone für zivile Flüge im Gebiet über dem Schwarzen Meer und Teile der Krim ausgerufen. Dies geht aus international üblicher Form von Informationen (NOTAMs) Russlands über temporäre Änderungen an Piloten und Luftverkehrsgesellschaften hervor.

Russland hat gestern insgesamt drei Mitteilungen an Piloten und Fluggesellschaften, genannt NOTAM (Notice(s) to Airmen), herausgegeben. Sie sind bis zum 24. April gültig und enthalten einige Differenzierungen. Einige Flugrouten im Fluginformationsgebiet Simferopol über dem Schwarzen Meer werden komplett gesperrt. Die Flugzone über der Halbinsel Krim bleibt offen.

Laut den Mitteilungen werden in einigen Gebieten die Flugrouten erst ab einer Höhe von über 11.900 Metern (das ist höher als gewöhnliche Zivilflughöhe) untersagt, während in einigen Zonen Einschränkungen bereits für Flüge über 6.100 Metern eingeführt wurden. In bestimmten Gebieten gilt die Sperrung ab Meereshöhe.

Am Dienstag berichtete der Pressedienst der russischen Schwarzmeerflotte, dass im Rahmen der Kontrollinspektion der Flottenkräfte für die Wintertrainingsperiode Übungen mit mehr als 20 Schiffen und Booten der Schwarzmeerflotte sowie mit drei Staffeln von Angriffsflugzeugen der Luftstreitkräfte und Luftabwehrkräfte des südlichen Militärbezirks Russlands durchgeführt wurden.

Zuvor hatte die US-Luftfahrtbehörde FAA (Federal Aviation Administration) eine NOTAM herausgegeben, in der amerikanischen Fluggesellschaften empfohlen wird, Flüge über einigen Gebieten Russlands und der Ukraine, nämlich über den Fluginformationsgebieten Kiew, Dnipro (ehemals Dnepropetrowsk) und Simferopol sowie über den Fluginformationsgebieten Moskau und Rostow am Don, die sich innerhalb von 100 nautischen Meilen davon befinden, nur mit "äußerster Vorsicht" durchzuführen.

NOTAMs sind internationale Anordnungen und Informationen über temporäre oder auch permanente Änderungen der weltweit geltenden Aeronautical Information Publication (AIP), die für einen weltweit geordneten und sicheren Flugverkehr von Bedeutung sind. Eine solche

NOTAM ist nicht zu verwechseln mit den hierzulande rechtskräftigen deutschen Bekanntmachungen der Veröffentlichungen des Bundes, der Länder und der Deutschen Flugsicherung (DFS), den sogenannten Nachrichten für Luftfahrer (NFL).



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6080106848fbef207b738ca5.jpg>

Mil-Inr.info: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann Ja. A. Osadtschij**

Die BFU begehen weiter Feuerprovokationen in den letzten 24 Stunden wurden **vier Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 14. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Wojtschenko von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus **Donezkij** mit Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade auf den verbrecherischen Befehl des Brigadekommandeurs Fedossenko von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus zweimal **Solotoje-5** mit Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren sowie Schusswaffen beschossen und mehr als 30 Granaten abgefeuert, von den Positionen im Gebiet von Katerinowka wurde mit Granatwerfern **Molodjoshnoje** beschossen.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Kämpfer wurde die Fensterverglasung eines Wohnhauses in Solotoje-5 beschädigt. Durch glücklichen Zufall wurden keine der Hausbewohner verletzt....

snanews.de: **Donbass-Konflikt: Moskau mahnt Kiew und Nato zu Verzicht auf eskalationsträchtiges Handeln**

Russland plant bisher nicht, eine Eilsitzung des UN-Sicherheitsrats zur Donbass-Frage einzuberufen, wird aber weiterhin von der Entwicklung der Situation ausgehen. Das sagte der Direktor des Departements für internationale Organisationen beim russischen Außenministerium, Pjotr Iljitschow, am Dienstag im Gespräch mit SNA.

Ihm zufolge ruft Moskau Kiew und seine Partner auf, von Handlungen abzusehen, die zu einer Eskalation in der Region führen würden.

„Wir werden ferner von der Entwicklung der Situation ‚zu Lande‘ ausgehen“, sagte Iljitschow. Er merkte an, dass „Kiew und die Nato-Länder mit der russenfeindlichen Propaganda-Kampagne nicht aufhören und ihre Kriegsvorbereitungen nicht stoppen wollen“.

„Dies führt letztendlich nur zu einer Erhöhung der Spannung im Donbass. Vor diesem Hintergrund rufen wir sie auf, von Handlungen Abstand zu nehmen, die zu einer weiteren Destabilisierung der Situation im Osten der Ukraine führen können“, so Iljitschow.

Die russische Seite trete dafür ein, diesen Konflikt „nur auf friedlichem, politisch-diplomatischem Wege auf der alternativlosen Grundlage des Minsker ‚Maßnahmenkomplexes‘ beizulegen“.

Moskau rufe die OSZE auf, das gesamte Instrumentarium der Sonderbeobachtermission zu nutzen, um einer Eskalation an der Trennlinie im Donbass vorzubeugen. Dabei müssten die Beobachter Waffen- und Munitionsdepots der ukrainischen Streitkräfte möglichst intensiv überwachen, so Iljitschow.

Er verwies darauf, dass das Mandat der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine sie mit breiten Vollmachten „bei der Überwachung der Situation im Donbass im Sicherheitsbereich wie auch bei der Einhaltung der Menschenrechte und der Rechte nationaler Minderheiten im übrigen Teil der Ukraine“ ausstattet.

„Das Problem ist, dass die Mission in ihren Berichten wohl unter dem Einfluss von Kiew und seinen Anhängern Rechtsverstöße der ukrainischen Seite nicht immer vollständig und glaubwürdig schildert. Dennoch gibt es keinen besseren Mechanismus der Kontrolle über die Situation in der Konfliktzone. Und es ist kaum möglich, einen solchen Mechanismus unter Berücksichtigung der destruktiven Linie Kiews und seiner westlichen Partner zu schaffen“, so Iljitschow.

„In der heutigen Realität ist es wichtig, das der Beobachtermission zur Verfügung stehende Instrumentarium in vollem Maße zur Frühwarnung vor einer möglichen Eskalation an der Berührungslinie zu nutzen. Wir gehen davon aus, dass die Mission das Monitoring im Rücken der Streitkräfte der Ukraine verstärken muss, darunter auch in Waffen- und Munitionsdepots sowie auf Bahnhöfen, über die Waffen transportiert werden“, sagte Iljitschow.

Außerdem sollte die Sonderbeobachtermission die Verletzungen des Waffenstillstands genauer registrieren und analysieren – „besonders bei der schnellen Berichterstattung über Todesfälle von Zivilisten und über Zerstörungen von Anlagen der zivilen Infrastruktur infolge zielgerichteter Handlungen der ukrainischen Streitkräfte“, sagte Iljitschow.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/0d/1678187_0:56:3127:1815_1440x0_80_0_0_5a8c4524aeb45dd8183789d93464a78d.jpg

de.rt.com: **Russland weist zehn US-Diplomaten aus**

Zehn diplomatische Vertreter der USA wurden in Moskau zu Personae non gratae erklärt. Sie haben bis zum 22. Mai Zeit, um Russland zu verlassen.

Der stellvertretende US-Botschafter in Russland, Bart Gorman, wurde am Mittwoch darüber informiert, dass zehn diplomatische Vertreter der USA zu Personae non gratae erklärt werden. Die Diplomaten müssen Russland bis zum Abend des 21. Mai verlassen, heißt es auf der Webseite des russischen Außenministeriums.

Wie die Behörde betonte, sei der Schritt eine Spiegelmaßnahme auf die "feindlichen

Handlungen der US-Seite" gegen eine Reihe von Mitarbeitern der russischen Botschaft in Washington und des russischen Generalkonsulats in New York, die grundlos zu Personae non gratae erklärt worden waren.

Außerdem kündigte das russische Außenministerium weitere Schritte auf die "Welle illegaler antirussischer Sanktionen durch die Vereinigten Staaten" an, die am 16. April angekündigt worden waren.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.04/article/60802e1548fbef1fa841207e.jpg>

snanews.de: **Atomstreit mit dem Iran: Rohani unterbreitet Drei-Stufen-Plan für Beilegung**

Der iranische Präsident Hassan Rohani hat am Mittwoch einen Drei-Stufen-Plan zur Beilegung des Atomstreits mit den Vereinigten Staaten vorgelegt. Eine Voraussetzung dafür ist ihm zufolge der gute Willen aller Seiten.

„Erst müssen die USA die Sanktionen aufheben, dann werden wir prüfen, ob die auch in der Praxis aufgehoben sind, und in der dritten Stufe werden wir dann zu unseren technischen Verpflichtungen im Atomabkommen zurückkehren“, sagte Rohani.

Dies wäre seiner Einschätzung nach auch in kurzer Zeit möglich, „vorausgesetzt, alle Seiten zeigen guten Willen“. Es gehe ja nicht um einen neuen Deal oder einen „Deal-Plus“, sondern lediglich um die korrekte Umsetzung des von allen Seiten unterzeichneten Wiener Atomabkommens von 2015.

„Das ist es, was wir wollen, nicht ein Wort mehr, aber auch nicht eines weniger“, sagte der Präsident im Staatsfernsehen.

In zwei separaten Arbeitsgruppen versuchen in Wien Diplomaten aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland und China, sowohl die USA als auch den Iran zu einer Rückkehr zum Atomabkommen zu bewegen. In den letzten zwei Wochen befasste sich eine Arbeitsgruppe mit der im Deal vorgesehenen Aufhebung der US-Sanktionen, die andere mit Irans Einhaltung der im Abkommen festgelegten technischen Vorgaben. Nächste Woche werden die Verhandlungen fortgesetzt. Dann soll eine dritte Arbeitsgruppe sich mit konkreten Schritten zur Umsetzung der eventuellen Vereinbarungen befassen.

Der Iran äußerte sich bislang vorsichtig optimistisch zu den Verhandlungsergebnissen und sprach von einer neuen Phase und einigen Fortschritten. „Der Weg geht trotz der Differenzen und Herausforderungen nach vorne“, sagte Vizeaußenminister Abbas Araghchi. Er betonte jedoch, dass der Iran eine Dauer- und keine Zwischenlösung wolle. Die Aufhebung der Sanktionen sei ein wichtiger Teil des Wiener Atomabkommens, der vertragsgerecht umgesetzt werden müsse. „In dieser Hinsicht besteht daher auch kein zusätzlicher Diskussionsbedarf“, sagte der Vizeaußenminister und Leiter der iranischen Delegation in Wien. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/0c/889288_0:232:2815:1815_1440x0_80_0_0_459a834ba40783e7155557b7206b22b3.jpg

Lug-info.com: **Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik**

Mehr als eine halbe Million Einwohner des Donbass wurden Bürger der Russischen Föderation. Diese Tatsache zeugt davon, dass das Volk der Lugansker Volksrepublik unter Bedingungen einer absoluten Blockade von Seiten Kiews sowohl ökonomisch als auch politisch und informationsmäßig seine Wahl getroffen hat.

Im Namen aller Einwohner der Republik äußere ich Worte des Dankes an die Mitarbeiter des Innenministeriums der LVR, den Migrationsdienst sowie allen Behörden für die ununterbrochene Arbeit, dank der wir in so kurzer Zeit so beeindruckende Ergebnisse erreicht haben. Im Innenministerium der LVR wurde ein Maximum an Anstrengungen in den Prozess der Ausgabe von Pässen unserer Republik eingebracht, um dann die Staatsbürgerschaft RF erhalten zu können. Die titanische Arbeit unserer Behörden erlaubte es, den Wunsch der Einwohner des Donbass – Bürger Russlands zu werden - zu realisieren.

Gesondert will ich der Hauptabteilung für Migrationsfragen des Innenministeriums der RF danken. Die russischen Kollegen haben ihrerseits alles Notwendige getan, damit die Einwohner des Donbass ein Teil des großen Russland wurden.

Der russische Pass ist für uns nicht einfach ein Dokument, sondern eine weitere Bestätigung dessen, dass Russland uns nicht im Stich lässt. Mit dieser Wahl demonstriert unser Volk, dass der Neofaschismus, der grundlegende Basis der heutigen Staatlichkeit des Kiewer Regimes geworden ist, für uns kategorisch unannehmbar ist. Wir haben der ganzen Welt klar und deutlich unsere Wahl demonstriert, verkörpert in einer halben Million roter Dokumente. Ich muss auch die Erklärung des ukrainischen Präsidenten kommentieren, über seinen Wunsch, sich mit Wladimir Putin im Donbass zu treffen. Herr Selenskij, Sie haben keinerlei moralisches Recht, in unserem Haus Treffen anzusetzen.

Sie nennen den Donbass gewissenlos Ihr eigen, obwohl sie wissen, dass sie das ukrainische Land schon verkauft haben.

Ehe Sie wieder Waffen auf uns richten, denken Sie nach, was das für Sie bedeuten würde. Russen lassen die ihrigen nicht im Stich!

de.rt.com: **Putin: Keine Reaktion des Westens auf geplanten Anschlag auf Lukaschenko**

In seiner Botschaft an die Föderalversammlung hat Wladimir Putin den Westen für den Umgang mit Weißrussland scharf kritisiert. Die westlichen Länder hätten die Berichte über einen vereitelten Putsch in Weißrussland ignoriert.

Der russische Präsident Wladimir Putin ist in seiner Rede an beide Kammern des russischen

Parlaments auf das Thema Weißrussland eingegangen. Er erklärte, dass der Westen sich nicht mit Weißrussland befasst hätte, als dort Maidan-Ereignisse vor sich gingen. Die westlichen Länder hätten auf den vereitelten Anschlag auf Lukaschenko und den Staatsstreich nicht reagiert. Selbst solche "eklatanten Aktionen" fänden keine Verurteilung des sogenannten kollektiven Westens, hieß es weiter:

"Niemand scheint dies einfach zu bemerken, jeder gibt vor, dass überhaupt nichts passiert."

Putin betonte, man könne unterschiedlicher Meinung zu Lukaschenko sein, aber die Praxis, Staatsstrieche zu organisieren, Pläne für politische Attentate, einschließlich hochrangiger Beamter, sei zu viel – alle Grenzen seien überschritten worden:

"Dies bedeutet übrigens, dass tatsächlich Vorbereitungen für einen massiven Cyberangriff getroffen wurden. Wie könnte es sonst sein?"

Am 17. April teilte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko mit, dass ein Anschlag auf ihn und seine beiden Söhne vorbereitet wurde. Ihm zufolge sollen daran ausländische Geheimdienste verwickelt gewesen sein – "höchstwahrscheinlich die CIA, das FBI". Danach kommunizierte Minsk mit Moskau. Am selben Tag berichtete der Föderale Sicherheitsdienst der Russischen Föderation FSB, dass er zusammen mit dem weißrussischen KGB zwei Personen in Moskau festgenommen hat, die vorhatten, einen Militärputsch durchzuführen und Lukaschenko zu beseitigen. Der Militärputsch war laut FSB für den 9. Mai in Minsk geplant und beinhaltete die Einnahme von Radio- und Fernsehstationen, die Blockierung der Polizei sowie eine komplette Stromabschaltung in Weißrussland.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.04/article/6080163448fbef1fa9494b74.jpg>

snews.de: **Russland will sein Segment nach ISS-Ausstieg Partnern übergeben – Roskosmos**

Die Verantwortung für das russische Segment der Internationalen Raumstation ISS will Russland nach dem geplanten Ausstieg aus dem Projekt an Partner übergeben oder auf kommerzieller Grundlage nutzen. Das sagte der Chef der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, Dmitri Rogosin, am Mittwoch.

„Das bedeutet nicht, dass die Station nach 2025 sofort zerstört und versenkt wird“, sagte Rogosin. „Wir werden die Verantwortung an unsere Partner übergeben.“ Eine weitere Variante wäre, die Kosten auf kommerzieller Grundlage zu tragen. Roskosmos beginne entsprechende Verhandlungen mit den Partnern von der Nasa.

Russland kündigte vor kurzem den Ausstieg aus der ISS schon 2025 an. Der Vertrag über eine internationale Zusammenarbeit läuft vorerst bis 2024. Erklärt wird der Schritt mit dem technischen Zustand des 22 Jahre alten russischen Segments, das eigentlich nur für 15 Jahre Lebensdauer gedacht wurde. Bis zu 80 Prozent der Ausrüstung seien bereits veraltet, sagte Rogosin. Roskosmos warte nun auf die Anweisungen des Präsidenten, um mit dem Bau einer

eigenen Raumstation zu beginnen.

„Wenn wir sie 2030 planmäßig in die Umlaufbahn bringen können, wäre das ein kolossaler Durchbruch“, sagte der Roskosmos-Chef.

Das erste Modul der neuen russischen Orbitalstation wird 2025 startbereit sein, es wird das Wissenschafts- und Energiemodul sein, das für die ISS vorgesehen war, wie Rogosin zuvor mitgeteilt hatte. Die Arbeiten an diesem Modul wurden bereits 2012 begonnen.

Die Station solle nicht dauerhaft bewohnt sein. Die Kosmonauten werden öfter dorthin fliegen, aber nicht so lange dort bleiben, um sich nicht einem übermäßigen Strahlenrisiko auszusetzen. Es werde auch nicht ausgeschlossen, dass es auf der Station auch Gäste geben werde. „Die Station muss aber national sein“, so Rogosin.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/10/934251_0:49:1281:769_1440x0_80_0_0_f79ebb233d3a3f25a7684943556b2f4c.jpg

abends:

de.rt.com: **Russland: Landesweite Proteste zur Unterstützung von Nawalny**

In Russland finden heute landesweit Solidaritätskundgebungen für den Politblogger Alexei Nawalny statt. Meist liefen die unangemeldeten Demonstrationen in Ruhe und ohne erwähnenswerte Vorfälle ab. In einigen Fällen sei es Berichten zufolge zu Verhaftungen gekommen.

Für den heutigen 21. April war durch das Team des inhaftierten Politbloggers Alexei Nawalny zu unangemeldeten Protesten in russischen Großstädten aufgerufen worden. Seine Unterstützer fordern, dass selbst benannte Ärzte ihn besuchen dürfen. Ursprünglich war durch Nawalyns Team geplant, Kundgebungen zu organisieren, wenn sich 500.000 potenzielle Demonstranten auf der Website "Freiheit für Nawalny" registriert hätten.

Nach der Forderung der Staatsanwaltschaft der Stadt Moskau, Nawalyns sogenannte Stiftungen (die in Russland als ausländische Agenten registriert sind) als extremistische Organisation einzustufen, wurden die Pläne geändert. Vor diesem neuen Hintergrund haben Nawalyns Mitstreiter, von denen einige aus dem Ausland agieren, zu Protesten in ganz Russland aufgerufen – und zwar am selben Tag, wenn Präsident Putin seine jährliche Rede vor der Föderalversammlung hält.

Im Fernen Osten Russlands, wo der Tag früher anbricht als im europäischen Teil des Landes, gab es einige illegale Protestaktionen, bei denen die Strafverfolgungsbehörden Demonstranten festnahmen. In den Großstädten Chabarowsk und Wladiwostok soll Berichten zufolge die höchste Zahl protestierender Demonstranten ermittelt worden sein. Dort liefen die illegalen Aktionen laut oppositionsnahen Medien ohne erwähnenswerte Vorfälle ab.

In Nowosibirsk, im Volksmund oft als Hauptstadt Sibiriens bezeichnet, soll die Demonstration

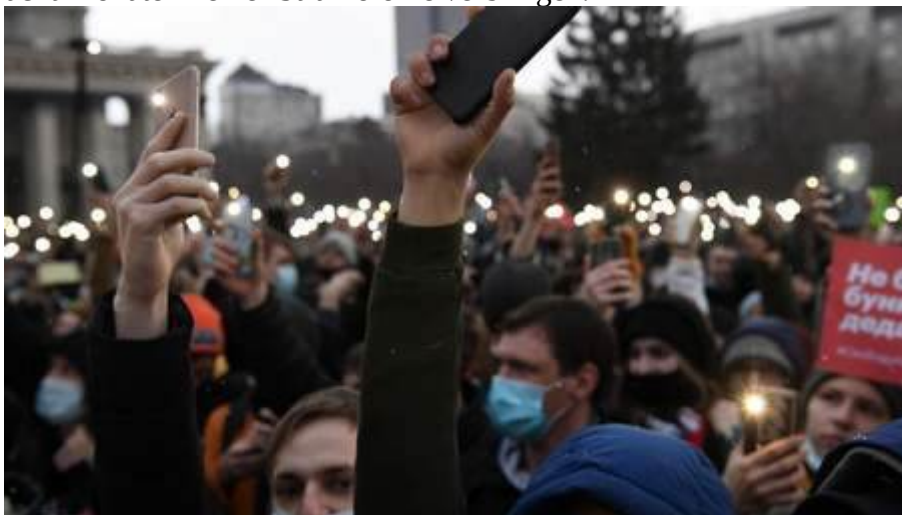
größer ausgefallen sein. Laut dem Portal Taiga Info sollen an der unangemeldeten Kundgebung bis zu 4.000 Menschen teilgenommen haben. Auch in Omsk und Jekaterienburg (laut Polizeiangaben 1.500 Demonstranten) waren die Protestkundgebungen etwas größer ausgefallen.

Unterdessen wurden am Mittwoch in Moskau zwei Mitarbeiterinnen Nawalnys festgenommen: seine Pressesprecherin Kira Jarmysch und die Juristin Ljubow Sobol. Der 44-Jährige Alexei Nawalny befindet sich derzeit in einem Gefängnis Krankenhaus und klagt über Schmerzen im Rücken und in einem Bein. Einige seiner Unterstützer behaupten, dass der Aktivist bald sterben könne. Der inhaftierte Blogger trat vor rund drei Wochen aus Protest gegen seine angeblich mangelhafte medizinische Versorgung in einen Hungerstreik. Die russische Ombudsfrau für Menschenrechte Tatjana Moskalkowa teilte am Mittwoch mit, dass Nawalny von vier Medizinerinnen untersucht wurde, die nicht zum Föderalen Strafvollzugsdienst FSIN gehören. Laut Moskalkowa gebe es demnach derzeit keinen Grund, sich um Nawalnys Gesundheitszustand zu sorgen. Er erhalte alle notwendigen Therapien und Infusionen.

Die russischen Behörden warnten rechtzeitig landesweit vor einer Teilnahme an den nicht genehmigten Demonstrationen und kündigten an, dass sie alle notwendigen Maßnahmen ergreifen würden, um die öffentliche Ordnung zu gewährleisten.

Nawalny wurde weltbekannt, als er in Russland einem vermeintlichen Giftanschlag zum Opfer fiel und in die Berliner Charité ausgeflogen wurde. Er sieht den Kreml hinter dem Angriff auf seine Person. Wieder genesen reiste er zurück in seine Heimat. Im Januar wurde er in Moskau verhaftet.

Am 2. Februar hat das Moskauer Stadtgericht Nawalnys zur Bewährung ausgesetzte Strafe im Fall "Yves Rocher" wegen mehrfacher Verstöße gegen die Bewährungsauflagen aufgehoben und sie durch eine Gefängnisstrafe von dreieinhalb Jahren ersetzt. Unter Anrechnung der Zeit, die Nawalny unter Hausarrest verbracht hat, muss der Oppositionspolitiker zwei Jahre und acht Monate in einer Strafkolonie verbringen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/60803a3e48fbef1fa841209d.jpg>